



Grafik: Fotolia/vcb_mexx



Grafik: imago/Unimedia

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 29. August 2014

69. Jahrgang/Nr. 201

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Kein Retter in der Not

Katja Herzberg zu »Frontex Plus«

Eine neue Mission unter Leitung einer EU-Behörde und unter Beteiligung der Mitgliedsstaaten soll Italien dabei unterstützen, Flüchtlinge im Mittelmeer zu retten. Was zunächst wie ein Einsehen der europäischen Partner wirkt, das Asylproblem endlich solidarisch anzugehen, bedeutet tatsächlich das genaue Gegenteil. Eine große Chance, dem Massensterben vor den Toren Europas endlich ein Ende zu bereiten, wurde vertan. Wieder einmal.

Die europäische Flüchtlingspolitik steht für eine menschenunwürdige Behandlung schwerst Traumatisierter. Sie beginnt mit der Abfahrt eines Schutzsuchenden etwa an der libyschen Küste und endet im Abschiebeknast oder – mit Glück – auf der Straße eines EU-Landes. An diesen Zuständen ändert das neue Programm »Frontex Plus« überhaupt nichts, soll es auch nicht. Es wird nicht einmal dazu führen, dass mehr Menschen als durch die italienische Militäroperation »Mare Nostrum« aus dem Wasser gefischt werden. Das gab Kommissarin Malmström selbst zu.

Dass nun ausgerechnet die Grenzschützer von Frontex mit der Rettung von Flüchtlingen betraut werden sollen, muss bei den Betroffenen Entsetzen auslösen. Eine Behörde, die immer wieder nachweislich Menschenrechte verletzt hat, indem sie Boote ins Meer oder ans andere Ufer zu rückdrängte und so Flüchtlinge ihrem Schicksal überlassen hat, kann kein glaubwürdiger Träger für eine Rettungsmission sein. Diese Entscheidung spricht vielmehr für eine weitere Militarisierung und Abschottung der EU.

UNTEN LINKS

Die meisten Menschen haben sich im Urlaub erholt. Hält man kaum für möglich, aber die Deutsche Angestellten Krankenkasse hat das wirklich gründlich untersucht. Irrendwas wollen die Krankenkassen schließlich mit dem ganzen Geld machen, das sich so angesammelt hat, ehe sie es im nächsten Jahr komplett der Pharmaindustrie in den Rachen werfen müssen. Und warum soll man es für irgendwelchen gesundheitlichen Schickschnack ausgeben, wo die Leute doch eh schon steinalt werden? Nein, ich verstehe die DAK. Ohne deren Umfrage wäre ich nie darauf gekommen, dass sich Urlauber am liebsten in Sonne und Natur erholen. Ich habe wieder alles falsch gemacht mit meiner Ferienwohnung im Keller hinter den Berliner U-Bahn-Gleisen. Aber ich war in guter Gesellschaft. Ein paar Baden-Württemberger waren mit dabei und landeten im DAK-Ferienranking prompt ganz hinten. Weit hinter den meisten Oassis übrigens – wenn die eines richtig können, dann ist es Urlaub. ott

ISSN 0323-4940



Die Chemie stimmt

Alte und neue Friedensbewegung nähern sich einander an



Fotos: imago/Anka Agency International, imago/CTK Photo [M]

Berlin. Individuen, die an sogenannte Chemtrails glauben – dass also die Kondensstreifen von Flugzeugen giftige Chemikalien enthalten, die Böses über die Menschheit bringen –, sind nicht das größte Problem der Montagsdemonstrationen für Frieden. Schlimmere Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Rechtspopulisten und Nazis wurden bei diesen Veranstaltungen gesichtet, nebst vielen Menschen, die mit den Kategorien links und rechts nichts anfangen können oder wollen. »Dubios« fand das zunächst etwa Reiner Braun, Sprecher der Friedenskooperation und

langjähriger Mitstreiter in der traditionellen Friedensbewegung. Inzwischen tritt er selbst als Redner bei Montagsdemonstrationen auf. Eine Distanzierung der Veranstalter von Rechtsradikalismus und Antisemitismus trug zu seinem Sinneswandel bei, vor allem aber »junge Leute, die nach Alternativen suchen, für die Gesellschaft, aber auch für sich selbst«. Auch Lea Frings von der LINKEN und Pedram Shahyar von Attac sind der Ansicht, dass die neue Bewegung Unterstützung verdient und man ihre Teilnehmer mit Argumenten für sich gewinnen muss.

Tatsächlich hatten die Montagsdemonstrationen zeitweise deutlich mehr Zulauf als die alte Friedensbewegung, trotz der kriegerischen Konflikte in aller Welt. »Unsere Angebote sind nicht attraktiv für sie«, stellt Braun selbstkritisch fest. Wie also gewinnt man all jene für sich, die Kriege und Waffenexporte ablehnen und der Berichterstattung im Medienmainstream nicht trauen? Wie ist eine neue Öffnung der Friedensbewegung zu erreichen und wie weit darf diese gehen?

Ein nd-Gespräch zum Antikriegstag am 1. September auf den Seiten 2 und 3

Frontex soll Flüchtlingsrettung übernehmen

Italienische Operation »Mare Nostrum« wird durch Einsatz von EU-Grenzschutzagentur ersetzt

Italien soll bei der Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer unterstützt werden – von der wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik stehenden EU-Behörde Frontex.

Von Katja Herzberg

Zehntausende Flüchtlinge rettete die italienische Marine in den vergangenen zehn Monaten im Rahmen der Operation »Mare Nostrum« auf dem Mittelmeer. Jetzt ist das Ende des Einsatzes besiegelt. Ab November soll ein neues Programm unter dem Dach der EU-Grenzschutzagentur Frontex die Seenotrettung im Mittelmeer übernehmen. Darauf einigten sich Italiens Außenminister Angelino Alfano und die für Migration und innere Sicherheit zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström am Mittwoch in Brüssel.

Ziel der neuen Operation mit dem Namen »Frontex Plus« sei es, Italien zu unterstützen. Daher rief

Malmström alle EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, sich künftig verstärkt zu beteiligen. »Es gibt keine europäischen Grenzschützer, Schiffe oder Flugzeuge. Der Erfolg der Operation hängt also vom Beitrag der Mitgliedsstaaten ab«, erklärte Malmström.

Laut Italiens Innenminister Alfano sei »Frontex Plus« bereit, »Mare Nostrum« abzulösen. »Wir können loslegen«, sagte Alfano. Es müssten nur noch Details der Mission geklärt und dann die EU-Länder um ihre Beiträge gebeten werden. Malmström wies darauf hin, dass Frontex mehr Geld brauche. Selbst mit besserer finanzieller Ausstattung sei aber nicht davon auszugehen, dass »Frontex Plus« den selben Umfang wie »Mare Nostrum« erreiche.

Italien hatte die Operation im vergangenen Herbst ins Leben gerufen, nachdem bei einem Bootsunglück vor der Insel Lampedusa am 3. Oktober 366 Flüchtlinge ertranken. Laut UN-Flüchtlings-

hilfswerk UNHCR erreichten seit Jahresbeginn etwa 100 000 Flüchtlinge die italienische Küste. Der Mittelmeerstaat hatte wiederholt die EU und ihre Mit-

»Es ist beschämend, wie andere EU-Staaten, vor allem Deutschland, Italien allein lassen.«

Ska Keller, Grüne

gliedsländer um Hilfe gebeten. Der Einsatz kostet das Land 9,5 Millionen Euro pro Monat.

»Es ist beschämend, wie andere Mitgliedsstaaten, vor allem Deutschland, Italien allein lassen. Asylpolitik ist eine gesamteuropäische Aufgabe«, sagte die Europaabgeordnete Ska Keller gegenüber »nd«. Die Forderung Italiens nach mehr Unterstützung hält die

Kiew klagt über russische Invasion

Moskau spricht von einer Lüge

Kiew. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko beklagte Donnerstag einen »Einmarsch russischer Truppen«. Sein EU-Botschafter Konstantyn Jelisiejew sprach von einer »Invasion«. Wegen der »scharfen Zuspitzung« der Lage habe er eine Türkei-Reise abgesagt und den Sicherheitsrat einberufen, erklärte Poroschenko. Er forderte eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates und trifft sich Sonnabend in Brüssel mit EU-Spitzenpolitikern. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton ließ erklären, sie sei »extrem besorgt«.

Als Lüge wies Jewgeni Serebrennikow, Vizechef des Verteidigungsausschusses des russischen Föderationsrats, die Äußerung des ukrainischen Präsidenten zurück, berichtete RIA/Novosti. »Wir haben bereits mehrere Erklärungen der ukrainischen Führung gehört, die sich dann schnell als Lüge erwiesen haben«, sagte Serebrennikow. »Jetzt sind wir Zeugen einer neuen Ente.« Der russische Botschafter bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Andrej Kelin, erklärte in Wien, es gebe »keine russischen Soldaten« in der Ukraine.

Ein ranghoher NATO-Militärvertreter erklärte im belgischen Mons, »deutlich mehr« als tausend russische Soldaten seien in der Ukraine aktiv. Die Lieferung von Waffen und Ausrüstung aus Russland habe zugenommen. Die USA-Regierung warf Moskau vor, eine Gegenoffensive der prorussischen Separatisten zu »lenken«. Frankreichs Staatschef François Hollande nannte einen Einsatz russischer Soldaten in der Ukraine »unerträglich«. Agenturen/nd Seite 7

2000 Kämpfer aus EU bei IS-Milizen

Bundeswehrsoldaten in Nordirak

Berlin. Die EU-Kommission vermutet, dass mehr als 2000 Personen aus der Europäischen Union an der Seite der Terrormiliz des Islamischen Staates (IS) kämpfen. Darunter befinden sich rund 400 Deutsche, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Podiumsgespräch in Berlin sagte.

Die kurdischen Peschmerga, die in Nordirak den IS-Milizen widerstehen, sollen »schnellstmöglich« Lieferungen von Wehrmaterial aus Deutschland erhalten, bestätigte das Verteidigungsministerium am Donnerstag. Die Bundeswehr habe »ein militärisches Verbindungselement beim Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Erbil eingerichtet«. Die sechs Soldaten sollen die Lieferung der Ausrüstung und die »gegebenenfalls erforderliche Einweisung bei Übergabe vor Ort« koordinieren. Damit ist noch nichts darüber gesagt, wer wo die Ausbildung der Peschmerga übernimmt. Welche Waffen geliefert werden, will die Regierung am Wochenende festlegen. Am Montag soll der Bundestag darüber informiert werden. Die Regierung hat nun auch einer – allerdings unverbindlichen – Abstimmung zugestimmt.

Angesichts der Not der Bevölkerung in der von den IS-Terroristen belagerten, weiter südlich gelegenen Stadt Amerli denken die USA nach Angaben aus dem Pentagon über Luftangriffe auch in dieser Region nach. hei

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Wählen Ostdeutsche anders? Und was ist das überhaupt, der Osten?

Mit TTIP droht der Untergang der Hochkultur – wird behauptet

Hand und Hirn: Ob Linkshänder anders denken, ist umstritten